

einzustellen, also in Länder außerhalb von EU, Nato und Nato-gleichgestellten Staaten.

Was wäre der grundsätzliche Vorteil eines einheitlichen Gesetzes gegenüber der jetzigen Situation?

Wir haben jetzt ein Regelungswirrwarr. Wir haben das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Außenwirtschaftsgesetz und die politischen Grundsätze der Bundesregierung. Da beginnt es schon: Die Grundsätze sind eben nur Grundsätze. Das Ganze ist nicht verpflichtend und nicht einklagbar. Die Bundesregierung ist faktisch frei, dagegen zu verstößen. Das wäre bei einem Gesetz anders.

In den letzten Jahren hat Deutschland erstmals sogenannte Endverbleibskontrollen getestet: Man schaut vor Ort nach, ob Empfängerländer ihre in Deutschland gekauften Waffen behalten oder rechtswidrig weitergegeben haben. Nach der Pilotphase könnten die Kontrollen jetzt verstetigt werden. Wie sollten die Regeln aussehen?

Bis jetzt haben wir die Kontrollen nur für Kleinwaffen und deren Export in Drittländer. Das reicht vorne und hinten nicht. Es muss für alle Rüstungsgüter gelten und für alle Staaten. Wir hatten in den letzten Jahren immer wieder Fälle, in denen auch durch Nato-Länder deutsche Rüstungsgüter in andere Hände geraten sind.

Aber ist das realistisch? Würde die Türkei wirklich mitmachen, wenn die Bundesregierung sagt: Wir wollen mal eure U-Boote sehen?

Die USA haben eine Endverbleibskontrolle, die nicht unterscheidet zwischen Nato-Ländern und anderen. US-Behörden kontrollieren in Deutschland, ob an Deutschland gelieferte Rüstungsgüter noch hier sind. Es geht also. Die Frage ist nur, ob die neue Ampelkoalition es machen möchte.

Ein anderes Problem: An immer mehr Rüstungsprojekten sind Hersteller aus mehreren EU-Staaten beteiligt. EU-weite Regeln wären also sinnvoll – aber Staaten wie Frankreich sind gegen strengere Vorgaben. Auf was sollte man eher verzichten: auf Einheitlichkeit oder auf harte Regeln?

Es gab gerade einen Vorschlag von grüner Seite, das auf der europäischen Ebene neu zu regeln. Das ist erst mal nicht falsch, aber es ist ein Vorstoß zur Unzeit. Wir haben jetzt Koalitionsverhandlungen in Berlin. Wir haben jetzt in Deutschland die Möglichkeit, ein striktes Gesetz zu verabschieden, das eine Vorbildfunktion für Europa hat. Umgekehrt darauf zu setzen, dass irgendwann auf europäischer Ebene etwas geregelt wird, was dann deutsche Rüstungsexporte einschränkt, mag ein gelungener Formelkompromiss für die VerhandlerInnen der Ampel sein, eine Patrone weniger wird deshalb aber nicht exportiert.

Aber was ist gewonnen, wenn Deutschland strenge Regeln bekommt und Diktaturen in der Folge einfach auf französische Hersteller ausweichen?

Man sollte seine eigenen moralischen Maßstäbe auch anlegen und nicht sagen: Wenn je-

mand anderes keine Moral hat, dann brauchen wir auch keine. **Der SPD-Vorstand hat vor zwei Wochen beschlossen, sich für die Bewaffnung von Drohnen zu öffnen. Ist das Thema damit durch oder sind Kampfdrohnen für die Bundeswehr noch zu stoppen?**

Ich befürchte, die Bewaffnung ist nicht mehr zu stoppen. Die SPD hat sich wohl für das politisch Pragmatische entschieden.

Gleichzeitig fordert sie aber strenge Regeln für den Einsatz der Kampfdrohnen. Spricht dann überhaupt noch etwas gegen die Bewaffnung?

Kampfdrohnen haben ein Eskalationsrisiko. Die Einsatzschwelle wird gesenkt, wenn man praktisch ohne Risiko den Feind bekämpfen kann. Dementsprechend ist man in der Politik leichter bereit zum Einsatz militärischer Gewalt. Das zweite Problem ist, dass dieser Schritt jetzt den Weg ebnet in den Einstieg in vollautonome Systeme, die dann nicht mehr von Menschen gesteuert werden.

Die SPD will deswegen die Rüstungskontrolle ausweiten und strebt internationale Abkommen an, um Drohnen und autonome Waffen zu regulieren. Ist das realistisch?

Es ist schwer vorstellbar, dass man bei den Kampfdrohnen das Rad der Zeit noch mal zurückdrehen kann. Mittlerweile haben über siebzug Staaten bewaffnete Drohnen in ihrem Arsenal. Alle dazu zu bringen, noch mal abzurüsten, ist wenig wahrscheinlich. Die Hoffnung beruht darauf, dass sich der nächste oder vielleicht auch

überrückste Schritt verhindern lässt – die Entwicklung zum vollautonomen Waffensystem. Dazu gibt es internationale Initiativen, und die neue Regierung muss da wirklich alle Kraft reinlegen.

Noch ein anderes Thema: die nukleare Teilhabe der Nato. US-Atombomben lagern in Deutschland und die Bundeswehr würde sie im Ernstfall mit ihren Tornado-Kampffjets über feindlichem Gebiet abwerfen. Glauben Sie, die Ampel wird mit diesem Prinzip brechen?

Die Ampel steht vor allem vor einer richtungsweisenden Entscheidung. Es geht um die Frage, wie die Nachfolge der alten Tornado-Jets geregelt wird. Die CDU hat in der letzten Regierung den Kauf des amerikanischen F-18-Kampfflugzeugs als neues Atomwaffenträgersystem auf den Weg gebracht, aber da ist noch nichts unterschrieben. Das heißt: Die neue Regierung muss jetzt entscheiden, ob sie dieses Vorhaben fortführt oder nicht. Und daran hängt eben auch die Frage, ob die Luftwaffe in der Lage wäre, die nukleare Teilhabe weiter auszuüben. Die Alternative zur F-18, der Eurofighter, wäre deutlich schwieriger für den Einsatz von Atomwaffen zu zertifizieren.

Und was ist nun Ihr Tipp für den Koalitionsvertrag?

Es ist ein offenes Ringen. Die F-18-Flugzeuge sind enorm teuer, und im gegenwärtigen geopolitischen Klima wäre es ein sinnvolles Signal, auf die Beschaffung zu verzichten.

Wäre es eine Option, die Tornados länger instand zu hal-

ten und die Entscheidung zum Nachfolgemodell erst mal zu umschiffen?

Es wäre ein Ausweg für die Ampel. **Aber ein teurer. Laut Bundesrechnungshof würde der Weiterbetrieb bis 2035 über 10 Milliarden Euro kosten.**

Der Kauf der F-18 kostet im Minimum 7,7 bis 8,8 Milliarden Euro, wahrscheinlich aber deutlich mehr. Hinzu kommen ebenfalls die Betriebskosten und einiges mehr. Angesichts der sozialen Schiefelage in Deutschland und den Kosten für den Klimaschutz sollte man auf beides, Weiterbetrieb oder Neukauf, sinnvollerweise verzichten.

Könnte eine einseitige nukleare Abrüstung am Ende nicht gefährlich sein? Die russischen Atombomben verschwanden dadurch ja nicht.

In Deutschland lagern mittlerweile zwanzig Atombomben. Dass die militärisch einen Unterschied machen und dass an ihnen Deutschlands Sicherheit hängt, wage ich zu bezweifeln.

Wenn sie eh keinen Unterschied machen, könnte man sich den Stress mit den USA und den osteuropäischen Nato-Staaten auch sparen und sagen: Die Bomben bleiben hier.

Moment, sie haben ja noch eine politische Bedeutung: Mit der nuklearen Teilhabe erklärt Deutschland grundsätzlich auch sein Okay zum Einsatz von Atomwaffen. Umgekehrt gibt es jetzt einfach eine Chance, mit dem Abzug dieser Bomben ein Signal zu setzen: Dass eine weitere Nation dar-

auf verzichtet, im Zweifelsfall diese Waffe einzusetzen. Damit könnte die Ampel tatsächlich „Aufbruch“ umsetzen, statt nur darüber zu reden.

All diese Fragen und noch sehr viele andere werden in den Koalitionsverhandlungen in einer einzigen Arbeitsgruppe diskutiert. AG 20 ist offiziell für die Bereiche Außen, Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung und Menschenrechte zuständig. Können Verhandlungen bei einem so vollen Programm überhaupt gut ausgehen?

In gewisser Hinsicht ist das die konsequente Fortführung des Wahlkampfs. In dem spielten internationale Themen faktisch keine Rolle – trotz wirklich vieler drängender Probleme und massiver machtpolitischer Umwälzungen. Dass alles Mögliche von der Ampel in eine einzige AG gepackt wird, die jetzt auf ein paar Seiten die grundsätzliche Ausrichtung der gesamten internationalen Politik verabreden soll, setzt das nun fort. Als würde man in Deutschland auf einer Insel leben.



Foto: Lucas Wolff/Getimages

Alexander Lurz ist als Experte für Frieden und Abrüstung bei Greenpeace tätig. Zuvor war er Mitarbeiter des Linken-Abgeordneten Jan van Aken im Bundestag.

gleichklang.de

KENNENLERNEN: ökologisch / divers / solidarisch

Wer wir sind:

Gleichklang ist eine alternative Kennenlern-Plattform für weltoffene, tolerante, naturnahe, umweltbewegte, vegane und progressive Menschen.

Fairness:

Gleichklang ist komplett werbefrei. Wir finanzieren uns über einen fairen Mitgliederbeitrag von 98 € im Jahr. Der Ermäßigungstarif beträgt 73 €. Bei finanzieller Not gilt auf Antrag der Sozialtarif von 6 € im Jahr.

Sechs in Eins:

Partnersuche, Freundschaftssuche, Reisepartnersuche, Natur-Aktivitäten jenseits der Konsumgesellschaft, Projekte & Gemeinschaften und Corona-Kontaktliste zur wechselseitigen Unterstützung in einer besonderen Zeit.

www.gleichklang.de



Kommen Sie hinein in die **Gleichklang-Community** und finden Sie hier **Gemeinschaft, Liebe und Freundschaft!**